nen Maßnahmen bisher nicht gekommen. Woher die Stadt Berlin, die bis an den Hals verschuldet ist, die Riesensummen zur weiteren Unterstützung der Arbeitslosen nehmen soll, spielt bei der Erwägung gar keine Rolle. Daß die Berliner Stadtverordneten bereits den Entschluß faßten, den Arbeitslosen für 5 Millionen Mark Brennmaterial zu schenken, wurde in den Versammlungen überhaupt nicht erwähnt, sondern totgeschwiegen. Je mehr das Berliner Stadtparlament sich nach links entwickelt hat und ohne Rücksicht auf die Gesamtheit ihr Ohr nur dem Ruf der Masse leiht, um so brutaler treten die Kommunisten unter der Führung der „Roten Fahne" mit ihren unerfüllbaren Forderunen auf.

Forderungen des braunschweigischen Herzoghauses.

Braunschweig, 21. Dezember. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung machte das Staatsministerium Mitteilung von den Forderungen, die das Herzoghaus an den braunschweigischen Staat gestellt hat. Wie die Braunschweigischen Neuesten Nachrichten melden, haben diese Forderungen einen Vermögenswert von zusammen 200 Millionen Mark. Das Herzoghaus mache Rechtsansprüche auf das gesamte braunschweigische Kammergut (Bergwerke, Forsten Domänen). Gefordert werden u. a. 8634 Hektar Staatsforsten, 3412 Hektar Domänen, das ist der fünfte Teil der gesamten Staatsdomänen. den Ertrag aus den Domänen seit 1. Juli 1919, das Schloß Blankenburg, das Gestüt von Habsburg, die Bibliothek in Wolfenbüttel, das Landesmuseum in Braunschweig, sämtliches Mobiliar in den Schlössern und Hofstaatsgebäuden und soweit diese verkauft wurden, den Wert in Goldmark. Das Herzoghaus erklärte, zu einem Vergleiche bereit zu sein, indessen einen Rechtsstreit mit aller Schärfe durchführen zu wollen, wenn die braunschweigische Regierung diese Forderungen ablehnt. Das Staatsministerium hat den Vertretern des Herzoghauses mitgeteilt, daß es nicht in der Lage sei, diese Forderungen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen.

Rücktritt des hannoverschen Bürgermeisters.

Hannover, 21. Dezember. Oberbürgermeister Leinert erklärte in der heutigen Sitzung der städtischen Kollegien seinen Rücktritt. Die Demokraten hatten den Antrag gestellt, eine Kommission zur Prüfung der Bestände der Hannoverschen Wirtschaftsgemeinschaft einzusetzen, für die der Magistrat die Deckung eines Millionenfehlbetrages gefordert hatte. Oberbürgermeister Leinert bekämpfte diesen Antrag als Mißtrauensvotum. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen der Demokraten, der Rechten und eines Kommunisten angenommen.

Von der Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 21. Dezember. Der deutschen Delegation wurde heute morgen mitgeteilt, daß auch heute keine Plenarsitzungen stattfinden werden. Die nächste Sitzung findet morgen früh 10 Uhr statt. Ungefähr am 10. Januar wird die Konferenz wieder zusammentreten. Zwischen beiden Parteien wird in der Folge Fühlung gehalten werden. Dies hängt davon ab, ob die alliierten Delegationen sich heute noch so weit einigen, daß sie morgen einen provisorischen Bescheid an die deutsche Delegation und vor allem an ihre eigenen Regierungen richten können.

Brüssel, 20. Dezember. Die nächste Vollsitzung der Reparationskonferenz wird voraussichtlich erst Mittwoch vormittag abgehalten werden. Die Einzelbesprechungen wurden heute den ganzen Tag über fortgesetzt. Besonders die Frage der Meistbegünstigung, der Sachleistungen, die Schiffsfrage und die Frage der Besatzungskosten wurden erörtert. Für morgen sind u. a. Besprechungen über das deutsche Eigentum im Auslande und über das Ausgleichsverfahren vorgesehen. — Havas-Reuter meldet: Die Sachverständigen der Verbündeten traten heute nachmittag zusammen und nahmen von den vorläufigen Berichten Kenntnis, die von denjenigen Sachverständigen vorbereitet waren, die den Auftrag hatten, mit der deutschen Delegation bestimmte im Laufe der vorhergehenden Sitzung erörterte Punkte zu studieren. Die Prüfung dieser Berichte wird morgen beendet werden, und die Delegierten der Verbündeten werden dann Beschlüsse fassen, die der deutschen Delegation am Mittwoch mitgeteilt werden sollen.

Berlin, 21. Dezember. In der Frage der Ausgleichszahlungen hat die englische Regierung das Angebot gemacht, zunächst in die Prüfung der großen Forderungen einzutreten, die Deutschland angemeldet hat. Auf diese Weise würde die englische Regierung versuchen, eine Linderung der augenblicklichen Lage herbeizuführen. Eine Beschlußfassung über diese Frage liegt noch nicht vor.

Die Zuckerverhandlungen Frankreichs mit der Tschechei gescheitert.

Prag, 21. Dezember. Bekanntlich ist die tschechoslowakische Zuckerindustrie in eine schwierige Lage dadurch geraten, daß bisher von der Zuckerkampagne des Jahres 1920/21 keine Abschlüsse nach dem Auslande getätigt worden sind. Wie der Handelsminister Dr. Hotoreich im Abgeordnetenhause erklärte, fanden Verhandlungen mit Frankreich wegen des Verkaufes von 1 Million Meterzentnern Zucker an die dortigen Raffinerien statt. Wie wir nun erfahren, sind diese Verhandlungen gescheitert, da Frankreich verlangte, daß die Tschecho-Slowakei ihm den Zucker unter dem gegenwärtigen Weltmarktpreise liefere.

Aufhebung der Zwangswirtschaft in Frankreich.

Paris, 21. Dezember. In der Kammer kündigte der Handelsminister Isaac die Besprechung einer Interpellation über die Arbeitslosigkeit und die Einschränkungen der Einfuhr an. Am 1. Januar wird die vollständige Handelsfreiheit wieder hergestellt werden.

Die neueste politische Lage in Griechenland.

Athen, 21. Dezember. (Havas.) König Konstantin hat die formelle Demission des Kabinetts angenommen, jedoch die bisherige Regierung gebeten, vorläufig im Amte zu bleiben. — Der König hat als erste Regierungshandlung eine umfangreiche Amnestie besonders für politische Vergehen erlassen. Außerdem hat der König eine große Summe für wohltätige Zwecke gespendet. — Der französische und englische Gesandte haben nach Ankunft des Königs Konstantin Athen verlassen. Die zurückgebliebenen Geschäftsträger sind von ihren Regierungen angewiesen, weitere Instruktionen abzuwarten, bevor sie die offizielle Verbindung mit der Regierung des Königs Konstantin aufnehmen. — Nach einer Meldung der Preßinformation aus Athen haben Deutschland, Oesterreich, Ungarn, die Schweiz, Holland, Spanien und die skandinavischen Länder die formelle Anerkennung der griechischen Regierung des Königs Konstantin ausgesprochen.

Ultimatum an d'Annunzio.

Rom, 21. Dezember. Das von General Cavaglia an d'Annunzio gerichtete Ultimatum stellt drei Bedingungen: 1. Räumung von Veglia, Arbe und den anderen kleineren Ortschaften, die durch den Vertrag von Rapallo Südslavien zugesprochen sind. 2. Möglichkeit für die italienischen Kriegsschiffe, den Hafen von Fiume zu verlassen und Rückgabe der Schiffe und Panzerauto, die nach der Blockade nach Fiume gekommen sind. 3. Auflösung der Truppen, soweit es sich nicht um Bürger von Fiume handelt. Wie Cavaglia hinzufügt, läßt er Unterhandlungen nur in bezug auf Einzelheiten der Ausführung dieser drei Punkte zu. Er wies d'Annunzio darauf hin, daß man sich nach der Stimmung der Einheimischen richten müsse. Diese hätten sich zu entscheiden, ob sie für den der Ausführung des Vertrages vorhergehenden Zeitraum sich unter den Schutz der italienischen Truppen stellen oder die schwerwiegenden Folgen auf sich nehmen wollen, welche sich aus den von Italien vorgesehenen Maßnahmen ergeben würden.

Rom, 21. Dezember. Auf die Aufforderung des Generals Caviglia antwortete d'Annunzio, er werde den Vertrag von Rapallo nicht anerkennen und sei zum äußersten Widerstand entschlossen.

Amerikanische Kriegsenthüllungen.

Die „Times" melden aus Washington: William Denmann, der Oberpräsident des amerikanischen Schiffahrtswesens, sucht nachzuweisen, daß die Engländer versucht haben, das Anwachsen der amerikanischen Handelsmarine zu verzögern. Die neuesten Enthüllungen sind, daß China von England, Japan von Frankreich gezwungen worden ist, in den Krieg einzutreten, damit die deutschen Schiffe, die sich in den chinesischen Häfen befanden, in den Besitz der Marine der Alliierten kämen. Durch dieses Geheimabkommen sind den Alliierten infolge des Eintritts Chinas in den Krieg Vorteile erwachsen. Japan erhielt Schantung und einige Grenzstädte, England erhielt mit Zustimmung Frankreichs und Japans deutsche Inseln im Stillen Ozean und Frankreich die deutschen Schiffe, die sich in chinesischen Häfen befanden. Wilson hat bekanntlich diese Verträge, die hinter seinem Rücken mit China abgeschlossen worden sind, nicht anerkannt, als er nach Paris kam.

Amerikanischer Wohltätigkeitssinn.

Paris, 21. Dezember. Wie dem „Neuyork Herald" aus Neuyork gemeldet wird, hat der Hilfsausschuß für Mitteleuropa, der die Ernährung der Kinder verbessern will, bei einer einzigen Wohltätigkeitsvorstellung in der Metropolitanoper eine Einnahme von über einer halben Million Dollars erzielt.

Sächsische Nachrichten.

* Verlängerung der Weihnachtsferien wegen Brennstoffmangels. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts gestattet, daß für Schulen, die nicht ausreichend mit Heizstoffen versorgt sind, der Unterrichtsbeginn nach den Weihnachtsferien auf den 10. Januar festgesetzt wird.

* Weihnachtskollekte. Auf Anordnung des Landeskonsistoriums wird in diesem Jahr die früher am 2. Landesbußtag eingesammelte Kollekte für die Auslandsdeutschen in allen evangelisch-lutherischen Kirchen auf die Weihnachtsfeiertage verlegt.

* Eine Verfügung über „Die einstweilige Forterteilung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen". Das Kultusministerium erläßt eine Verordnung über die einstweilige Forterteilung des Religionsunterrichts an den Volksschulen. In der Verordnung heißt es: Auf Grund des Artikels 13 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches und des dazu ergangenen Ausführungsgesetzes vom 8. April 1920 hat das Reichsgericht, 4. Zivilsenat, am 4. November 1920 beschlossen: § 2 Abs. 2 und § 13 Abs. 2, Satz 2 und 3 des sächsischen Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 stehen mit Artikel 146, 149, 174 der Verfassung des Reiches in Widerspruch. Da die Entscheidung des Reichsgerichts Gesetzeskraft hat, so steht fest, daß die Paragraphen des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen aufgehoben sind. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts ordnet deshalb folgendes an: 1. Bis zum Inkrafttreten der in Artikel 146 Abs. 2 der Reichsverfassung vorgesehenen Bestimmungen der Landesgesetzgebung wird Religionsunterricht nach den im Verordnungswege getroffenen Bestimmungen erteilt. 2. Die Verordnungen vom 15. Mai und 30. September 1920 über den Religionsunterricht in der Volksschule bleiben bis zu demselben Zeitpunkte in Geltung. — Die Verfügung ist noch erlassen vor Eintritt des neuen Kultusministers.

* Versetzung der ältesten Lehrer in den Ruhestand. Nach einer Verfügung des Kultusministeriums haben die Direktionen der höheren Unterrichtsanstalten die sofortige Einreichung der Anträge auf Zuruhesetzung von denjenigen Lehrern aufzugeben, die bis zum 31. März 1921 das 65. Lebensjahr vollendet haben.

* Wegfall der Kriegsreifeprüfungen an den höheren Unterrichtsanstalten. Nachdem seit der Entlassung der Kriegsteilnehmer aus dem Heer im Anfang des Jahres 1919 bis jetzt so viel Zeit verflossen ist, daß die Ablegung einer Kriegsreifeprüfung allen hierzu Berechtigten unter geordneten Verhältnissen möglich sein mußte, werden vom 1. Oktober 1921 ab Kriegsreifeprüfungen nicht mehr abgehalten. Das Reifezeugnis einer höheren Schule kann fernerhin auch von Kriegsteilnehmern nur nach den Bestimmungen der Lehr- und Prüfungsordnungen erworben werden. Ganz ausnahmsweise kann die Zulassung zu einer Kriegsreifeprüfung jetzt noch erfolgen.

* Die Landessynode hat in einer ihrer letzten Sitzungen beschlossen, den Hohneujahrstag (Epiphaniasfest) und den Frühjahrsbußtag als kirchliche Feiertage beizubehalten. Das Landeskonsistorium veröffentlicht am Mittwoch eine Verordnung, nach der am Hohneujahrstage Gottesdienst stattfindet. Ein gleicher Beschluß ist für den Frühjahrsbußtag noch zu erwarten. Vor allem wird sich die im Januar zusammentretende Synode damit erneut beschäftigen. Da der kirchliche Feiertagscharakter beider Tage nicht mehr von staatswegen geschützt wird, darf der werktägliche Betrieb in allen Bureaus, Fabriken und Läden aufrechterhalten bleiben.

* Die Frage der Vereinheitlichung der Polizei. Unter der Ueberschrift „Ein Anschlag auf das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden" wendet sich der bekannte sozialistische Gemeindepolitiker Edmund Fischer, der im sächsischen Ministerium des Innern die Gemeindereform bearbeitet, in ungewöhnlich scharfer Weise gegen den Ministerialdirektor Dr. Schulze. Geheimrat Schulze hat eine Verordnung erlassen, daß die Vereinheitlichung der Polizei baldigst nach gewissen Richtlinien erfolgen soll, als deren erste er den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit als ausschließliche Angelegenheit des Staates bezeichnete. Alle Gemeindebeamten der Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei sollen vom Staat übernommen werden, soweit sie ausschließlich oder überwiegend für diesen Polizeidienst tätig sind, nicht jedoch die Beamten, die in anderen Zweigen oder vorwiegend im Verwaltungsdienst tätig sind.

* Moskau befiehlt — Döbeln gehorcht! Die „Dresdner Volkszeitung" schreibt: „Nachdem Fritz Geyer die Annahme des Landtagsmandats verweigert hatte, erklärten nacheinander der Korrektor Meier in Leipzig und der Klempnermeister und Stadtrat Kießling in Döbeln, daß auch sie es ablehnen, in den Landtag zu gehen. Nunmehr wird bekannt, daß Herr Kießling nicht freiwillig auf das Landtagsmandat verzichtet hat, sondern daß er dazu von der Landeszentrale der kommunistischen Partei gezwungen wurde. Moskau hatte befohlen — Döbeln mußte gehorchen."

* Die Lohnbewegung im Schuhmachergewerbe beendet. Seit 1. November befinden sich die Schuhmachergehilfen Sachsens in einer Lohnbewegung. Der Sächsische Landes-Lohn- und Arbeitstarif im Schuhmachergewerbe sieht vier Ortsklassen vor. Leipzig, Dresden und Chemnitz sind in der ersten Ortsklasse. In der Lohnfrage entschied ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses zu Dresden auf eine etwa 30prozentige Lohnerhöhung dem Antrage der Gehilfen entsprechend. In einer Vorstandssitzung des Sächsischen Schuhmacher-Innungs-Verbandes wurde der Schiedsspruch, für dessen Annahme auch Leipzig eintrat, angenommen, so daß die Lohnbewegung im Schuhmachergewerbe als beendet betrachtet werden kann. Die Lohnerhöhung tritt ab 13. Dezember in Kraft.

* Eine Kreisausschußsitzung findet am 28. Dezember vormittags 11 Uhr statt.

* Im heutigen amtlichen Teil befinden sich Bekanntmachungen des Arbeitsministeriums betr. Bekanntmachung der Aktiengesellschaft Reichskohlenverband über Brennstoffverkaufspreise, der Amtshauptmannschaft Dresden-N. betr. Fleischversorgung.

Dresden.

—* Beim Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dresden-N. ging man mit der Erhöhung der Tanzsteuer noch über die Vorlage hinaus. Die Steuer wurde auf 75 Pfg. für den gewöhnlichen Tanz und auf 3 Mk. für Masken- und Kostümbälle festgesetzt.

—* Ein Kommunist im Dresdner Stadtverordnetenkollegium. Die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie wirft ihre Schatten auch ins Dresdner Stadtparlament. Die Fraktion der Unabhängigen zählte bisher vier Mitglieder. Davon gehört jetzt, wie der Stadtverordnete Kühn in der letzten Sitzung erwähnte, eins der Kommunistischen Partei an. Wie wir erfahren, handelt es sich hierbei um den Schneider Oswald Zschorn, der erst vor einigen Monaten als Nachfolger für die von Dresden verzogene Frau Jacob in das Kollegium eingezogen ist. Ganz im Gegensatz zu seinen bisherigen Fraktionskollegen im Stadtparlament und seinen nunmehrigen Parteifreunden im Landtag hat er sich bis jetzt außerordentlich still verhalten und sich an den Debatten kaum jemals beteiligt.

—* Vom Kohlenamt wird geschrieben: Leider hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, daß es möglich sein würde, vor Weihnachten wenigstens eine kleine Kohlenmenge noch aus die Dezember-Abschnitte der Kohlenkarten freizugeben. Die Ausfälle in der Burgker und Zaukeroder Niederlage, sowie das Zufrieren der Elbe haben die Eingänge an Hausbrandkohle in den letzten Wochen derart geschmälert, daß es dem Handel außerordentlich schwer fällt, die freigegebenen Bezugsscheinmengen und die rückständigen Kohlenkartenabschnitte früherer Monate einigermaßen laufend zu beliefern. An eine neue Freigabe ist bei diesen Umständen augenblicklich nicht zu denken. Das Gerücht, daß der Dresdner Handel nur deshalb mit dem Verkauf zurückhalte, weil er ab 1. Januar 1921 höhere Kohlenpreise erwarte, entbehrt jeder Grundlage. Dem Kohlenamt ist von einer nahe bevorstehenden Kohlenpreiserhöhung nichts bekannt. Dafür ist ihm in jeder Besprechung mit dem Dresdner Handel von der Händlerschaft allseitig auf das bestimmteste versichert worden, daß jeder Händler viel lieber ohne Unterbrechung Kohle verkaufen würde, als daß er bei leeren Lagern dem Andrange der Verbraucher standhalten muß, die von ihm nachdrücklichst die Belieferung ihrer Kohlenkarten fordern. Es bleibt nur zu wünschen, daß die Hausbrandkohleneingänge in den kommenden Wochen weniger Störungen ausgesetzt sein mögen, als in den vergangenen, damit recht bald an eine neue Freigabe gedacht werden kann. Bei dieser Gelegenheit macht das Kohlenamt darauf aufmerksam, daß dort keine Kohlenkarten für Haushaltungen abzuholen sind, sondern nur die Kohlenbezugsscheine für Behörden, Anstalten und Gewerbebetriebe, die der Bezugsberechtigte in der vorgeschriebenen Frist bei den Wohlfahrts-Polizei-Inspektionen zu entnehmen verabsäumt hat.

—* Keine Trichinenschau des Reichsfleisches in Dresden mehr. Der Zentralverband der Nahrungs- und Genußmittelindustriearbeiter Deutschlands teilt uns folgendes mit: „Auf dem hiesigen Schlachthofe ist das Trichinenschauen des Reichsfleisches, nachdem es trotz monatelangem Verhandeln mit allen in Betracht kommenden Instanzen von Stadt, Staat und Reich nicht gelungen ist, die vom Reiche festgesetzten Schaugebühren zeitgemäß zu erhöhen, mit dem 20. d. Mts. eingestellt worden. Die Trichinenschauer erzielen im Stücklohn ein Durchschnitt-Monatsgehalt von 570 Mk., so daß ihnen nach Abzug von Steuern und Kassengeldern rund 500 Mk. verbleiben. Bemerkenswert ist, daß die Schlachthofverwaltung sowie die Stadt und das Landeslebensmittelamt die Forderungen als berechtigt anerkennen."

—* Städtischer Christbaumverkauf. Die Kanzlei der Marktverwaltung teilt uns mit, daß die von der Stadt zur Ausgabe an Minderbemittelte, Kriegsbeschädigte usw. beschafften 6000 Stück Christbäume ausverkauft sind. Der Andrang zu dem am Freitag, den 17. Dezember, eröffneten Verkauf war so außergewöhnlich stark, daß schon am Sonnabend, den 18. Dezember, nachmittags, sämtliche Bäume vergriffen waren.

—* Fleischversorgung in der Stadt Dresden. Belieferung der Vorzugslebensmittelkarten. Am 31. Dezember werden aus Ausweis 526 der Lebensmittelkarte der Stadt Dresden, der als Voranmeldung bis Freitag, den 24. Dezember bei einem hiesigen Fleischer abzugeben ist, 125 Gramm Gefrierrindfleisch sowie daneben auf Abschnitt 10 der Vorzugslebensmittelkarte, der am gleichen Tage anzumelden ist, 250 Gramm Büchsenwurst zu den bekannten Bestimmungen verteilt.

—* Kokosfett-Verteilung. Mittwoch und Donnerstag, den 30. Dezember wird die angemeldete Landesfettkarte der Stadt Dresden Dezember M mit 100 Gramm Kokosfett beliefert. Preis 16,25 Mk. für 1 Pfund, 3,25 Mk. für 100 Gramm.

—* Der Dresdner Hausfrauenbund hat sich der Eingabe des Leipziger Hausfrauenbundes an die sächsische Regierung um den Abbau der Preise angeschlossen.

—* Mitternachtsgottesdienst in der Kreuzkirche. Die Gastwirtsangestellten haben auch in diesem Jahre wieder um Veranstaltung eines Gottesdienstes für sich und ihre Angehörigen gebeten. Dieser weihnachtlich ausgestaltete Gottesdienst, an dem sich auch Abendmahlsfeier anschließt, findet heute, Mittwoch, nachts ¾12 Uhr, statt. Oberkonsistorialrat Sup. Dr. Kölbsch hat auch diesen Gottesdienst wieder übernommen.

—* Die nächsten Volkswohlabende bringen am Montag nach Weihnachten einen Tanzabend von Louise Rönsch unter Begleitung des Komponisten Hans Reidhardt, am Dienstag einen Berlioz-Liszt-Abend des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Walter Armbrust mit Pianist Birnbaum als Solisten und am Freitag einen heiteren Sylvesterabend mit Gesang, Vorträgen und Tänzen, auf dem u. a. Hofschauspielerin Wally Senff-Georgi (Dresden) und Konzertsängerin Ilse Geibel-Born (Chemnitz) mitwirken. Am 3. Januar folgt ein Lichtbildervortrag „Vom Vierwaldstädter See zum Firnschnee der Jungfrau" von W. Schmidt, Dresden und am 4. Januar ein Kammermusikabend (Haydn-Beethoven) des Striegler-Quartetts. Karten Johannesstraße 23, 1. Etage.

Haarausfall
beseitigt sofort
ECHTER HARZER GEBIRGS
BRENNESSEL-SPIRITUS
MARKE „XYLONAR" GES. GESCH.
Flasche 15,00 Mk. nur allein echt bei
Paul Schwarzlose, Dresden-A. Schloßstr. Nr 13